

83 Klassen für Flüchtlingskinder in OWL

Fünf neue Lehrerstellen ausgeschrieben / GEW warnt vor Griff in die Kasse für Vertretungsunterricht

VON BERNHARD HÄNEL

■ **Bielefeld.** Die steigende Zahl an Flüchtlingen wirkt sich auch auf die Schulen in OWL aus. Aktuell werden in 83 Klassen Kinder von Asylbewerbern unterrichtet. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies nahezu eine Verdoppelung. Um den Unterricht gewährleisten zu können, hat die Bezirksregierung in Detmold fünf zusätzliche Lehrerstellen ausgeschrieben.

„Wir haben gut gehaushaltet“, sagt der Integrationsbeauftragte bei der Bezirksregierung, Frank Spannuth. Zudem würden freie Stellenanteile aus dem Schulbudget genutzt, um ganze Stellen einzurichten und so gutes Personal für den Unterricht in den sogenannten Auffangklassen zu gewinnen. Umworben seien besonders Pädagogen mit der Lehrbefähigung für Deutsch als Zweitsprache.

Sobald neu angekommenen Flüchtlingen ein Wohnort zugewiesen worden ist, besteht für die Kinder Schulpflicht. Jungen und Mädchen im Grundschulalter werden meist in Regel-

klassen unterrichtet; für ältere Schüler werden jahrgangsübergreifende Klassen eingerichtet.

„Unterrichtsschwerpunkt ist selbstverständlich Deutsch“, sagt Mary Schilling, Leiterin der Hauptschule in Bad Salzuflen (Kreis Lippe). Je nach Lernfortschritt kämen dann Mathematik und weitere Fächer hinzu. Häufig würden Sport oder Kunst gemeinsam mit den „Normalklassen“ unterrichtet. „Wir wollen die Schüler so schnell wie möglich in den normalen Schulalltag integrieren“, sagt die Pädagogin.

Bis zu 18 Schüler werden in einer Auffangklasse unterrichtet. Ein schwieriges Unterfangen, denn neben unterschiedlichen Herkunftssprachen und Schriftzeichen haben viele Kinder und Jugendliche auf Grund von Bürgerkriegen länger keine Schule mehr besucht. Viele seien zudem traumatisiert. So berichtet eine Lehrerin von einem Kind, das zusehen musste, wie seine Eltern ermordet wurden. „Wo immer es möglich ist, werden solche Schüler in noch kleineren Lehrgruppen unterrichtet“, sagt Spannuth.

Um unbegleitet nach OWL



Unterricht für Flüchtlinge: Siba (8, r.) besucht mit ihrem Bruder Wisam (9) die Stephanusschule in Paderborn. Die Geschwister sind mit ihrer Familie aus Aleppo in Syrien geflohen. FOTO: CHRISTINE PANHORST

gekommene Jugendliche kümmert sich der Verein Wohngemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt in Bielefeld. „Wir haben Jugendliche, die von Bangladesch, Syrien oder von Afghanistan bis nach Deutschland zum Teil über ein, zwei Jahre unterwegs waren und über-

haupt gar keine Kontakte zu ihren Eltern haben“, sagt der Leiter der Einrichtung, Siavash Miandashti. Dank intensiver Begleitung schafften die meisten mindestens einen Hauptschulabschluss.

Das Düsseldorfer Schulministerium beobachtet nach ei-

genen Angaben intensiv die Entwicklung. „Zum jetzigen Zeitpunkt kommen wir mit den Lehrerstellen für Integration aus. Bei Bedarf kann auch auf Stellen aus dem Titel gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung zurückgegriffen werden“, sagt ein Sprecher

des Ministeriums.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wendet sich gegen „den Abzug von Integrationsstunden in den Regelschulen“, sagt die Bezirksvorsitzende der GEW, Sabine Unger. Benötigt würden zudem zusätzliche Mittel der Kommunen für Lehrmaterial sowie die Bereitstellung von Sozialarbeitern und Psychologen. „Aus meiner Sicht geht es hier um Integration von Familien und von Kinder und Jugendlichen, die in unserem Land auch über ausreichende Bildungsangebote später ein selbstbestimmtes Leben führen können müssen“, ergänzt Unger.

Die Kommunen erhalten vom Land zusätzliche Mittel für die Integration. Darauf freut sich auch Herfords Bürgermeister Tim Kähler. Doch er hat einen weiteren Wunsch. „Die Herausforderungen an Kommunen und Schulen sind derart groß geworden, dass Schulministerin Löhrmann über eine zeitliche Streckung der Inklusion nachdenken sollte“, meint der SPD-Politiker. Der Druck sei einfach zu groß geworden.